

Mehrheit ist für Windräder

77 Hektar Fläche soll aufgenommen werden

UFFENHEIM Das Thema Windkraft beschäftigt wieder den Uffenheimer Stadtrat – nicht zuletzt wegen der Gesetzesänderungen. Bei Welbhausen und Kleinharbach könnten neue Windparks entstehen. Aber es gibt auch etliche kritische Stimmen.

Konkret liegt dem Stadtrat ein Antrag der Firma VWPA GmbH & Co. KG aus Wallmersbach vor, die zwischen Welbhausen und Custenlohr auf einer Fläche von rund 77 Hektar voraussichtlich vier Windkraftanlagen errichten will. Es sollen wieder Bürgerwindräder sein. Aufgrund der aktuellen Gesetzesänderungen sind laut Bürgermeister Wolfgang Lampe eine Änderung des Flächennutzungsplans und eine Aufstellung eines Bebauungsplanes nicht mehr erforderlich. Vielmehr gehe es nun darum, entsprechende Flächen als Vorrang- und Vorbehaltsgebiet in den Regionalplan aufzunehmen.

Sorgen der Bürger ernst nehmen

In Welbhausen hatte bereits eine Bürgerversammlung zu diesem Thema stattgefunden. Jetzt musste der Stadtrat entscheiden. Das Gremium tat dies in einer Diskussion, in der alle Argumente, dafür oder dagegen, sehr ernst genommen wurden. Viel Handlungsspielraum hat die Stadt aber nicht, wie Bürgermeister Lampe verdeutlichte. Denn in Bayern sollen 1,8 Prozent der Fläche dafür bereitgestellt werden, 0,5 Prozent seien es derzeit im Planungsverband Westmittelfranken. Lampe rechnet wegen des guten Windes in der Region aber, dass es hier bis zu 2,2 Prozent sein könnten.

Bei Welbhausen seien bereits Flächen vorgesehen, jetzt bestehe noch die Möglichkeit, Nuancen zu verändern. „Es gibt Flächen, die sind von den Kriterien her einfach gut“, sagte Lampe. Auch wenn keine Empfehlung abgegeben werde, „diese Flächen werden Ende 2023 im Plan sein“, verdeutlichte der Bürgermeister. Im Grobkonzept des Regionalen Planungsverbandes seien Punkte wie Schattenwurf bereits berücksichtigt.

Auch wenn klar sei, dass es neue Windräder geben werde und man sich die Chance auf Bürgerwindräder nicht entgehen lassen sollte, müssten die Bürger ernst genommen werden, meinte Ulrike Streng (CSU). Als Beispiel nannte sie die Entfernung. „Reichen 1000 Meter oder müssen wir weiter weg?“ fragte sie.

Drei Stimmen dagegen

Dass der Stadtrat so gut wie kein Mitspracherecht habe, hielt Andreas Schober (SPD) für bedenklich. Das kritisierte auch Ewald Geißendörfer (CSU). Wenn bei Kleinharbach alle möglichen Windräder gebaut würden, gebe es keinen freien Horizont mehr. „Uffenheim hat sehr viel getan und hat keinen Nachholbedarf mehr“, meinte Geißendörfer. Man solle Bürger tatsächlich ernst nehmen und sich nicht immer auf die Zeitenwende berufen. Zumal sich bei Bürgerwindrädern nur ein bestimmter Teil eine Beteiligung leisten könne.

Bürgermeister Lampe gab zu, dass ihm Windräder optisch auch nicht gefielen. Er sehe aber einen „gewissen Zwang“, Energie zu erzeugen. Bereits zu Beginn hatte er gesagt, dass jeder dies für sich entscheiden müsse. Im Stadtrat fiel die Entscheidung deutlich aus. 14 Ratsmitglieder sprachen sich für den Antrag auf Aufnahme des Gebiets bei Welbhausen in den Regionalplan aus, Ewald Geißendörfer, Andreas Schober und Diana Alt (CSU) stimmten dagegen.

Empfehlung statt Verpflichtung

Einstimmig fiel dagegen der Beschluss zum Bebauungsplan „Uttenhofen II“. Neun Bauplätze sollen entstehen. Hier hatte wegen einer Änderung bei der Erschließung nochmals die Öffentlichkeitsbeteiligung stattgefunden.

Statt einer Verpflichtung zu Solaranlagen, was Stadtrat Andreas Zander als Signal angesehen hätte, bleibt es bei der Empfehlung. Thomas Schmitt hätte es gerne gesehen, wenn die Stadt in Vorleistung geht und Zisternen gleich auf den Grundstücken verbaut. Mit Hinweis auf die angespannte Haushaltslage blieb es auch hier bei einer Empfehlung an die Bauwerber. Nicht erlaubt sind reine Kies- oder Schottergärten. (GKR)



Jahrhunderthochwasser, wie hier in der Untergasse, kommen mittlerweile nicht nur alle 100 Jahre vor. Starkregen ist die neue und noch zu wenig beachtete Gefahr. Die Stadt Röttingen will sich darauf bestmöglich einrichten. FOTO: ARCHIV MARKHARD BRUENECKER

Gefahrenkarte dringend nötig

Hochwasser ist in Röttingen ein wichtiges Thema. Die Stadt will sich durch ein Audit künftig besser auf Starkregenereignisse vorbereiten.

Von MARKHARD BRUENECKER

RÖTTINGEN „Das bekommen wir hin“ waren die Schlussworte von Röttingens Bürgermeister Hermann Gabel beim Audit „Hochwasser – wie gut sind wir vorbereitet?“. Bis es so weit ist, wird aber noch viel Wasser die Tauber hinab fließen, um das es aber im wahrsten Sinne des Wortes auch geht.

Vor genau einem Jahr hat der Röttinger Stadtrat einstimmig beschlossen, solch ein „Audit“ durchzuführen. Ein Audit untersucht, ob Prozesse, Anforderungen und Richtlinien die geforderten Standards erfüllen. Dabei handelt es sich um ein Angebot der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) mit Sitz in Hennef (Sieg). Die Kosten von 12.500 Euro werden vom Wasserwirtschaftsamt (WWA) mit 75 Prozent gefördert. Die Audits werden von einem speziell hierfür geschulten Auditor durchgeführt. Dies waren in dem Fall der Kölner Reinhard Vogt und der Münchner Professor Thomas Ackermann.

Bei der zweitägigen Zusammenkunft in der „Alten Schule“ war die Stadt Röttingen neben Bürgermeister Hermann Gabel, Stadträten, der Geschäftsleitenden Beamtin Tabea Ludwig, Bauhofleiter Uwe Beil, dem technischen Leiter der Versorgungsbetriebe Burkhard Dürr, der Flurbereinigung und Bürgern, die oft vom örtlichen Hochwasser betroffen sind, zugegen. An den beiden Tagen galt es in erster Linie, eine Bestandsaufnahme mit Bewertung der aktuellen Situation zu erarbeiten, wobei dem Starkregen und Flusshochwasser am meisten Beachtung galt.

Übungen mit der Feuerwehr und den Bürgern

Hier lobte Leiter Vogt das offene Gespräch und die gute Atmosphäre. Ein Ergebnisprotokoll hierüber wird es erst in rund drei Wochen geben, wenn die Spezialisten die Daten verarbeitet und Möglichkeiten ausgearbeitet haben.

Einige Punkte konnten aber schon klar definiert werden. Hierzu zählt nach Angaben von Vogt ein „Küm-

merer“ zu den wichtigsten Personen. Die Gruppe ernannte hierzu die Geschäftsleitende Beamtin Tabea Ludwig. Für ebenfalls sehr wichtig und unerlässlich hält der ehemalige Leiter der Hochwasserschutzzentrale in Köln, Vogt, Übungen für sogenannte „Jahrhunderthochwasser“ und Extremereignisse (kein Strom usw.) mit der Feuerwehr und den Bürgern. Im Punkt Starkregen sieht Vogt noch die meiste Arbeit in dem Taubertalstädtchen. Man habe noch keine Karten über Fließwege und daher keine Lösungen. Beim Flusshochwasser sei man zwar gut aufgestellt, es gebe aber noch Optimierungsmöglichkeiten.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit und eine Person, die die Fachgebiete zusammenhält, sind nötig. Zum Thema Flächenvorsorge gebe es noch wichtige Möglichkeiten, um Rückhaltung zu prüfen. Für Thomas Ackermann ist das Thema Starkregen in vielen Gemeinden leider noch gar nicht so richtig präsent, das komme jetzt aber so nach und nach. In Röttingen und auch in anderen Kommunen ist es daher unverzichtbar,

zeitnah Hochwassergefahrenkarten zu erstellen. Erst danach könne man Planungen fertigen und umsetzen. Röttingen benötige diese vor allem für Extremhochwasser.

„Den Leuten muss die Thematik bewusst sein“

Für einen der wichtigsten Punkte hält der Universitätsprofessor und Jurist Ackermann die Eigenvorsorge der Bürger, auf die die Gemeinden unbedingt hinweisen müssen, inklusive Erklärung der Gefahrenkarten. „Den Leuten muss die Thematik bewusst sein“, so der Co-Auditor.

Für Rathauschef Gabel gilt, nicht zurücklehnen, sondern vor allem die Zusammenarbeit mit dem Wasserwirtschaftsamt, Flurbereinigung, Nachbargemeinden und Landkreisen umgehend übergreifend aufzunehmen und einen Alarmplan für Röttingen zu erstellen. Thomas Gundermann machte sich stark, Ausdehnungsflächen nach der Tauberbrücke zu erschließen. Nach der Vorlage des Berichts will die Gemeinde laut Gabel umgehend aktiv werden.

Uffenheim investiert weiter kräftig

Die Erweiterung der Kita „Am Obstgarten“ wurde nun eröffnet

Von GERHARD KRÄMER

UFFENHEIM Die Kindertagesstätte „Am Obstgarten“ gibt es seit Oktober 2018 in Uffenheim. Immer mehr Kinder benötigten einen Platz, weswegen neue Module angebaut wurden. Jetzt war Einweihung. Mit einem Lied begrüßten die Kinder die Ehrengäste.

Konnten am Anfang 30 Kindergarten- und zwölf Krippenkinder betreut werden, sind es nun drei Krippengruppen und zwei Kindergarten- und zwei Krippengruppen. Rund 70 Kinder besuchen die Einrichtung, deren Träger die Johanner sind.

Die Planung der Erweiterung und die Bauleitung hatte das Stadtbauamt Uffenheim in ständiger Absprache dem Träger und der Kindergartenleitung übernommen. Stadtbauamtsleiter Jürgen Hofmann, der ebenso wie Thomas Siebert mit seinem Bauhof-Team viel Lob erfuhr, nannte einige Eckpunkte zur Kita-Erweiterung. Demnach wurde das 585 Quadratmeter große Bestandsgebäude durch den Erweiterungsbau um 485 Quadratmeter Nutzfläche vergrößert. Mitte 2021 sei die Ausschreibung erfolgt, Anfang April 2022 wurden die Stahlrahmenmodule geliefert. Die Fundamente waren zuvor gegossen worden.

Die Gesamtgrundstücksfläche beträgt bald 3000 Quadratmeter. Bald, weil der Garten noch um 300 Quadratmeter erweitert wird. Um wieder mehr Platz für die Kinder zu bekommen, wird laut Bürgermeister Wolf-



Kindergartenleiterin Andrea Unser (links) hat von Bürgermeister Wolfgang Lampe (Zweiter von links) symbolisch einen Schlüssel zur Eröffnung des Erweiterungsbaus bekommen. FOTO: GERHARD KRÄMER

gang Lampe der Zaun im Norden der Anlage um 4,50 Meter nach außen verschoben. Verlegt wird dadurch auch der Grasweg, der entlang des Kindergartens verläuft. Das Grundstück gehört bereits der Stadt.

Stadt Uffenheim will mit gutem Beispiel vorangehen

Bürgermeister Wolfgang Lampe bezeichnete es als eine große Freude, die Erweiterung der Kinderkrippe und des Kindergartens in der Kindertagesstätte „Am Obstgarten“ mitfeiern zu können. Hier werde in die gute Entwicklung der Kinder investiert. Vor einigen Wochen war die Kinderkrippe der Kindertagesstätte St. Johannes und vor einigen Tagen erst die Kinderkrippe im Kindergarten Pustebume

in Welbhausen eingeweiht worden. „Die Stadt Uffenheim geht hier mit sehr gutem Beispiel voran, was den Ausbau von Kindertagesstätten betrifft“, sagte Lampe. Sie Stadt habe sich die Belange junger Eltern zu Herzen genommen und mit viel Engagement und Geld das bestehende Kinderbetreuungsangebot in Uffenheim erweitert.

Aktuell und im nächsten Jahr stünden zusammen 2,3 Millionen Euro für Krippen- und Kindergartenenerweiterungen im Haushalt. Weitere zwei Millionen flössen in die Ganztagesbetreuung an der Grund- und Mittelschule. Hier habe die Erweiterung rund 900.000 Euro gekostet. Dazu käme noch die Gestaltung der Außenanlagen. Kevin Schwarzer, Mitglied

des Johanniter-Regionalvorstands, freute sich, dass auch die Erweiterung termingerecht fertig geworden ist. In seinem Grußwort machte er Werbung für den Beruf der Erzieherin und des Erziehers beziehungsweise der Kinderpflegerin.

Segensworte vom Dekan

Andrea Unser, Leiterin dieses Kindergartens, dankte ihrer Kollegin Marina Ratt, die sich in der Planungsphase unter anderem um den Küchenbereich und die Sanitäranlagen gekümmert hatte. In der gesamten Einrichtung sollten sich die Kinder wohl und angenommen fühlen, so Unser. Segensworte sprach Dekan Max von Egidy.

Gestohlene Lippenstifte gehen ins Geld

Diebstahl war nicht die erste Straftat einer Frau

Von SIEGFRIED SEBELKA

KITZINGEN 7,49 Euro hat ein Lippenstift gekostet. Zwei davon hat eine 37-Jährige in einem Verbrauchermarkt in Kitzingen eingesteckt. Gezahlt hat sie die fälligen 14,98 Euro nicht. Das wird jetzt richtig teuer. Ein Kaufhausdetektiv hat sie über die Überwachungskamera bei dem Diebstahl beobachtet. Jetzt saß sie wegen Diebstahl auf der Anklagebank des Amtsgerichts Kitzingen.

Das Gericht hat die Produktionshelferin zu einer Geldstrafe von 3600 Euro (90 Tagessätze zu 40 Euro) verurteilt. Die Kosten des Verfahrens und privatrechtliche Forderungen des Marktes kommen noch dazu. Die für die „kleine Beute“ re-

ANZEIGE

„Exakt für mich gemacht“
Rodenstock-
Gläser

Jetzt Termin zur
Sehanalyse vereinbaren!

Optiker Kuhn
klein, aber fein

Ochsenfurt • Hauptstr. 19 • Tel. 09331/7328

lativ hohe Geldstrafe gab es allerdings nicht nur wegen des Diebstahls der Kosmetikartikel.

Die Frau stand schon mehrmals vor Gericht, hat vier Einträge im Bundeszentralregister. Erst Anfang des Jahres war sie mit zwei Promille auf dem Fahrrad erwischt und wegen Trunkenheit im Verkehr zu 1200 Euro (60 Tagessätze zu 20 Euro) verurteilt worden. Weil die Strafe noch nicht bezahlt ist, hat Richterin Ingrid Johann das Urteil mit einbezogen und ein neues Paket geschmürt.

Angeklagte spricht selbst von einem „unerklärlichen“ Diebstahl

50 Tagessätze für den Diebstahl, 60 für die Trunkenheitsfahrt, machen unterm Strich 110. Bei Einbeziehungen gibt es in der Regel einen Rabatt. Und so kamen unterm Strich 90 Tagessätze heraus. Die Höhe richtet sich nach dem aktuellen Monats-Nettoeinkommen, geteilt durch 30, und liegt bei 40 Euro. Also muss die Frau 3600 Euro an die Staatskasse überweisen.

Daran wird die Frau, die gerade einen neuen Job angetreten hat und mit knapp 1400 Euro im Monat rechnet, eine zeitlang zu knappen haben. Und das für einen Diebstahl, den sie nicht erklären konnte. „Ich bin nicht stolz darauf, es tut mir leid“, sagte sie der Richterin auf die Frage, warum sie die Sachen nicht bezahlt hat: „Ich weiß es nicht.“

Einschlägige Vorstrafen und hohe Rückfallgeschwindigkeit

Allerdings räumte sie alles gleich ein. Zeugen wurden keine gebraucht. Das Geständnis berücksichtigte die Staatsanwältin ebenso wie den geringen Wert der entwendeten Gegenstände. Auf der anderen Seite standen aber die teilweise einschlägigen Vorstrafen und die „hohe Rückfallgeschwindigkeit“. Nur zwei Monaten nach der Verurteilung wegen der Trunkenheitsfahrt hat sie wieder zugeschlagen. Unterm Strich kam die Vertreterin der Anklage auf die 90 Tagessätze zu 40 Euro, die sich auch im Urteil wiederfinden.

Das nahm die Frau an, ebenso wie den Hinweis der Richterin, dass beim nächsten Auftritt vor Gericht eine Freiheitsstrafe warten dürfte. „Das ist ihr Leben, bleiben sie sauber“, sagte die Richterin.